

4. Oktober 1816 - 200. Geburtstag Eugène Pottier.

9. Oktober 1966 - Vor 50 Jahren wurde in den USA bekannt, dass der Vietnamkrieg die USA monatlich zwei Mrd. Dollar kostete.

15. Oktober 1946 - vor 70 Jahren wurde in Berlin der erste DEFA-Film "Die Mörder sind unter uns", Regie Wolfgang Staudte, uraufgeführt.

Linkes Blatt ^{DIE LINKE.}

10. Ausgabe / 26. Jahrgang

Für Halle und den
Saalekreis

11. Oktober 2016

Einberufung Gesamtmitgliederversammlung am 10.12.2016 10:00 – 18:00 Uhr im Kulturtreff Halle-Neustadt

Der Stadtvorstand beruft für den 10.12.2016 eine Gesamtmitgliederversammlung des Stadtverbandes DIE LINKE. Halle (Saale) in den Kulturtreff Halle-Neustadt, Am Stadion 6, ein.

Einladung und Mitwirkung der linksjugend [‘solid] und des Studierendenverbandes erfolgen gemäß Landesatzung.

Schwerpunkt der Versammlung werden die Wahlen der Delegierten zu den Landesparteitagen 2017/18, die Wahlen der Vertreterinnen und Vertreter zur Aufstellung der Landesliste zur Bundestagswahl 2017 sowie die Diskussion zum Integrierten Stadtentwicklungskonzept der Stadt Halle bis zum Jahr 2025 sein.

Der Stadtvorstand schlägt den Mitgliedern folgende Tagesordnung vor:

1. Konstituierung
2. Vorstellung des ISEK
3. Aussprache
4. Vorstellung der Kandidierenden
5. Wahl der Delegierten zu den Landesparteitagen 2017/2018
6. Beschlussfassung

Anträge an den Stadtparteitag, die bis Montag, den 28. November 2016, gestellt werden, werden den Delegierten zugesendet, danach eingehende Anträge werden als Tischvorlagen zum Parteitag verteilt. Das Gleiche gilt für Vorstellungen und Kandidaturen als Delegierte zu den Landesparteitagen 2017/2018.

Der Stadtvorstand schlägt den Mitgliedern vor, allen in Halle organisierten Mitgliedern des Jugend- und Studierendenverbandes gemäß §§ 5 (4) und 11 der Bundessatzung Stimm- und Wahlrecht einzuräumen.

Der Kulturtreff Halle-Neustadt befindet sich Am Stadion 6 und ist mit den Straßenbahnlinien 2, 9 und 10, Haltestelle Schwimmhalle, zu erreichen.

Für Pausenversorgung ist auf Selbstzahlerbasis gesorgt.

Gewünschte Kinderbetreuung bitte über die Geschäftsstelle bis zum 18. November 2016 anmelden.

Das Integrierte Stadtentwicklungskonzept ist ein gesamtstädtisches Konzept für die Entwicklung der Stadt Halle (Saale) bis zum Jahr 2025 und zum Teil darüber hinaus.

Es beschreibt in 15 Fachbeiträgen, sechs Teilraumkonzepten und fünf Stadtumbaukonzepten die zukünftige Stadtgestaltung und die mittel- und langfristige Stadtentwicklung. Grundlage für die räumlichen und inhaltlichen Schwerpunkte ist die aktuelle und künftige Bevölkerung in der Stadt Halle (Saale).

Dieses Konzept richtet sich an alle Einwohner und Einwohnerinnen der Stadt. Wir möchten mit Ihnen über die Entwicklungen in Ihren Wohnquartieren ins Gespräch kommen und laden Sie sehr herzlich zu den folgenden Veranstaltungen ein.

Dienstag, 18. Oktober 2016, 18:30 Uhr im Mehr- generationenhaus Pustebume, Zur Saaleaue 51

Montag, 7. November, 17:30 Uhr im Stadthaus, Raum 116, Marktplatz 2



Mittwoch, 30. November, 17:30 Uhr in der Aula des Hortes „Kinderpark“, Wiener Straße 18

Auf unserer Webseite findet Ihr auch noch einmal den kompletten Text.

<http://www.dielinke-halle.de/index.php?id=6196>

Kandidaten stellen sich vor:

Birke Bull

Ich bin 52 Jahre und lebe seit vielen Jahren zusammen mit meinem Mann in Halle und in Magdeburg. An der Otto-von-Guericke-Universität in Magdeburg habe ich von 2002 bis 2007 Erziehungswissenschaften und Soziologie studiert. Im Landtag bin ich Mitglied der Fraktion DIE LINKE und deren bildungspolitische Sprecherin.

Ich kandidiere im Wahlkreis 73 Burgenland-Saalekreis. Dazu gehören der Burgenlandkreis und die Gemeinden Bad Dürrenberg, Schkopau, Braunsbedra und Leuna im Saalekreis.

1. Was hat Dich bewogen, für die Bundestagswahl 2017 zu kandidieren?

Die Landtagswahlen im März 2016 haben ein Achtungszeichen gesetzt. Linke Politik steht vor ganz neuen und ebenso großen Herausforderungen. Es herrscht Empörung über soziale Ungerechtigkeiten, die viele Menschen über viele Jahre erfahren haben. Das ist mit Angst vor sozialem Abstieg verbunden.



Linke Alternativen sind dabei ins Hintertreffen geraten. Viele von denen, die wir vertreten wollen, haben sich für rückwärtsgewandte Politik entschieden, die Minderheiten und Zugewanderte ausgrenzt. Was in Sachsen-Anhalt seit der Landtagswahl im März dieses Jahres traurige Gewissheit ist, droht nun auch auf

Bundesebene: der Einzug der AfD ins Parlament. Um so mehr brauchen wir für die schärfer werdende Auseinandersetzung in der Bundespolitik Argumentationsstärke, politische Erfahrung, strategisches Denken. Als Landesvorsitzende und stellvertretende Fraktionsvorsitzende habe ich davon in den vergangenen Jahren eine ganze Menge gelernt. Ich verbinde Politik immer noch mit Leidenschaft und Stehvermögen ebenso wie mit einer klaren politischen Haltung - auch wenn uns Gegenwind entgegenschlägt. Das möchte ich in die bundespolitische Waagschale werfen, dafür, dass wir und vor allem unsere politischen Ideen wieder in die Offensive kommen. Wir brauchen die Stärksten. Ich bewerbe mich, um dazuzugehören.

2. Was sind Deine programmatischen Zielstellungen für Deine Kandidatur?

Eigentlich war sie schon immer unser Ziel: eine Gesellschaft, die Vielfalt achtet und bereit ist, sich zu verändern, in der Solidarität nicht nur die Einheimischen, die Gesunden oder die Leistungsstärkeren im Blick hat - das ist eine Vision, die mich immer wieder begeistert. Jetzt kommt es drauf an: durch Menschen, die zu uns kommen, auf der Flucht vor Krieg und Armut. Die Voraussetzungen für eine gelingende Integration sind gute Bildung und soziale Sicherheit. Dafür habe ich mich immer stark gemacht. Ich möchte, dass die Gemeinschaftsaufgabe von Integration gelingt. Ein umfassendes Integrationsgesetz ist dabei nur ein kleiner Baustein. Dazu gehören finanzielle Mittel für die Länder und Kommunen, dazu gehört eine willkommensfreundliche Infrastruktur, dazu gehören Rechte und Pflichten für jedermann.

3. Was sind Deine Ziele für Deinen Wahlkreis? Ich möchte zwei herausgreifen:

Regionale Bildungslandschaft verbindet alle Einrichtungen in der Region, die Bildungsangebote machen: sowohl Kitas, Schulen, Berufsschulen, Volkshochschulen, Vereine und Verbände als auch ausbildende Unternehmen. Es ist sehr sinnvoll, sie zusammenzuführen, Gemeinsames zu nutzen, Ausstrahlung und Bekanntheit zu stärken, Übergänge fließender zu gestalten. Bildung hat einen guten Ruf. In einigen Kreisen gibt es bereits solche Bildungslandschaften, auch im

Burgenlandkreis ist der Anfang gemacht. Hier kann ich sehr kompetent mithelfen.

Mein zweites Ziel ist Neuland für mich: Die Zukunft der Energiepolitik spielt hier eine ganz große Rolle. Bei der Energiepolitik war ich bisher nur interessierte Zuhörerin. Aber es reizt mich sehr, den Spagat zwischen verlässlicher Energieversorgung der großen Unternehmen in Leuna auf der einen Seite und dem notwendigen Strukturwandel in der Braunkohleregion für die Zukunft auf der anderen Seite politisch mitzugestalten. Der Energiewandel ist eine Herausforderung für Menschen, für Unternehmen, für die Natur. Ich bin sehr wissbegierig und will hier viel Neues lernen.

4. Wie wird es Dir gelingen, die schwierige Brücke Bund/ Land/ Region zu schlagen?

Politisch sind der Bund, die Länder und die Kommunen sehr eng miteinander verflochten, in allen Politikbereichen. Das gilt für die finanzielle Ausstattung und für unterschiedliche politische Zuständigkeiten. Die größte Lebensnähe hat dabei die Kommunalpolitik, deshalb war sie immer auch unser Schwerpunkt. Wir haben gelernt, das in unseren politischen Vorstellungen immer mitzudenken. Kommunale Selbstverwaltung möglich zu machen, ist eine wichtige Aufgabe von Bund und Land.

Was die Zukunft meines Ehrenamtes als Landesvorsitzende betrifft, so habe ich vor allem drei Kraftquellen:

Zum einen ist es mein fester Wille: Ich schaffe das :-). Immerhin liegen vier Jahre Erfahrung mit der Vereinbarkeit von Mandat und ehrenamtlicher Arbeit als Vorsitzende hinter mir.

Zum zweiten sind es erfolgreiche Vorbilder. Auch in anderen Landesverbänden arbeiten die Vorsitzenden gleichzeitig als Abgeordnete. Bei meiner Entscheidung habe ich auch sie nach ihren Erfahrungen gefragt. Die dritte und wichtigste Quelle sind Genoss*innen und Kolleg*innen, die mir statt Skepsis Zuversicht und Unterstützung geben, mit denen ich gemeinsam Lösungen finde und die vieles möglich machen, in den Stadt- und Kreisverbänden ebenso wie in unserer Landesgeschäftsstelle. Dafür will ich mich an dieser Stelle herzlich bedanken. Deshalb bin ich guten Mutes.

Name: **Eva von Angern**
Alter: 39 Jahre
Familienstand: verheiratet, drei Söhne
Beruf: Juristin
Tätigkeit: Landtagsabgeordnete,
Rechtsanwältin

1. Ich kandidiere im Wahlkreis/ Kreis:

Magdeburg/ Schönebeck; Bisher bin ich noch nicht als Kandidatin in Magdeburg und Schönebeck aufgestellt. Die Kür erfolgt erst im nächsten Jahr.

2. Was hat Dich bewogen, für die Bundestagswahl 2017 zu kandidieren?

Die Stadtvorsitzenden der LINKEN. Magdeburg haben mich gebeten, für den Bundestag zu kandidieren. Ich habe zugesagt, weil ich gemeinsam mit den Genoss*innen aus Magdeburg und Schönebeck einen engagierten Wahlkampf machen möchte, um mit einer starken Fraktion in den Bundestag einzuziehen und langfristig so auch die Basis für eine erfolgreiche Landtagswahl zu sichern.

3. Was sind Deine programmatischen Zielstellungen für Deine Kandidatur?

Ich möchte meine landespolitischen Erfahrungen aus der Rechts-, der Gleichstellungs- und der Kinder und Jugendpolitik in die Arbeit der Bundestagsfraktion einbringen. Hier geht es mir insbesondere um unser Engagement gegen die (vor allem in Sachsen-Anhalt) hohe Zahl von Kindern, die in Armut leben und damit jeglicher Zukunftschancen beraubt werden. Es geht mir aber auch um bundesweite Standards beim Schutz von Frauen und Kindern vor Gewalt. Die Umsetzungschancen sehe ich vor allem in einem Mitte-Links-Bündnis auf Bundesebene.

4. Was sind Deine Ziele für Deinen Wahlkreis?

Magdeburg ist neben Halle im Besonderen von Kinderarmut betroffen. Ein Armutszeugnis in unserem reichen Land. Neben der Rentenungerechtigkeit zwischen OST und West liegen mir die Interessen der



„DDR-GESCHIEDENEN“ sehr am Herzen. Viele von ihnen sind Frauen und leben bereits jetzt in Armut. Das muss ein Ende haben.

5. Wie wird es Dir gelingen, die schwierige Brücke Bund/ Land/ Region zu schlagen?

Ich lebe weiterhin in meiner Heimatstadt und damit in meinem Wahlkreis in Magdeburg. Daher werde ich meiner Basis auch weiterhin verbunden sein. Der Arbeit der Landtagsfraktion möchte ich durch direkte Mitarbeit und einen regen direkten Austausch (Teilnahme an Fraktionssitzungen und Klausuren) verbunden bleiben. Ich profitiere als Landespolitikerin vom Austausch mit unseren Bundestagsabgeordneten. Das kann auch umgedreht gut funktionieren.

Senioren-Cafe' am 26. Oktober

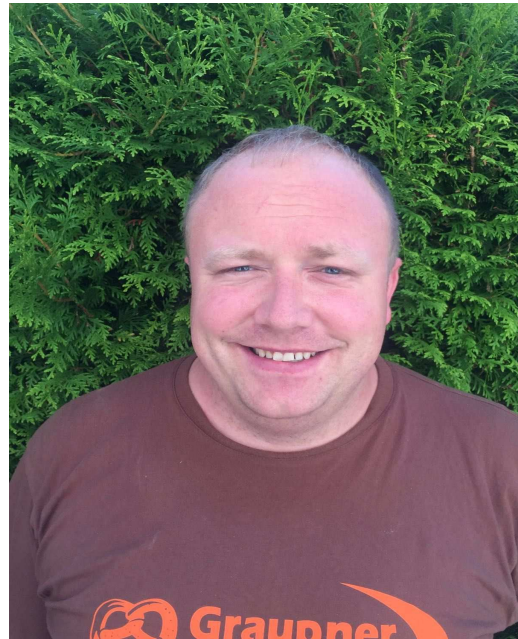
ab 14:30 Uhr im Linken Laden, Leitergasse 4 :
„Wir fordern das Recht, menschlich zu leben...“
Halles 1. Arbeiterverein (1848-1851)
Vortrag von Genossin Dr. Christine Zarend

Mindestlohn im Handwerk

Lars Brzyk – Bewerber um das Direktmandat im Wahlkreis 73 – Burgenland-Saalekreis zur Bundestagswahl 2017 bespricht aktuelle, brisante Themen

Die Einführung des Mindestlohnes vor zwei Jahren ist für das Handwerk sehr problematisch. Viele kleine und mittelständische Unternehmen kämpfen heute noch mit der Umsetzung und deren Folgen. In der Produktion mussten Abläufe verändert und sogar teilweise gekürzt werden. Auch beim Personal gab es Einschnitte und in vielen Fällen Stundenherabsetzungen. Kleinen und mittelständischen Unternehmen muss hier geholfen werden.

Mein Tipp: Die Sozialleistungen wie Pflege- und Krankenversicherungen dürfen nicht mehr in voller Höhe auf den Arbeitgeber umgelegt werden. Der Kleinunternehmer muss die Möglichkeit haben, seine Kosten so zu kalkulieren, dass sein Unternehmen in einen fairen Wettbewerb mit Großproduzenten treten kann. Die Förderung eines Mindestpreises kann hier Abhilfe schaffen. Nur so können auch Kleinunter-



nehmen und vor allem das Handwerk neben Konzernen bestehen. Das Überleben der KMU ist somit gesicherter und Arbeitsplätze können erhalten werden.

Euer Lars

DIE LINKE. Merseburg hat neuen Ortsvorstand.



Von Daniel Schulz OV Merseburg

In ihrer letzten Mitgliederversammlung am 26. September haben die Genossen des Ortsverbandes Merseburg einen neuen Vorstand gewählt. Zur Wahl stellten sich neben der langjährigen Landtagsabgeordneten Angelika Hunger, die in ihrem wohlverdienten Ruhestand dennoch nicht aufhören möchte zu

arbeiten, ihr Fraktionskollege aus dem Kreistag, Michael Finger, ebenfalls im Ruhestand, sowie der Stadtratsabgeordnete aus Merseburg, Detlef Walloch und die bisherige Vorsitzende Wilfriede Stachel. In den letzten Jahren war es recht ruhig um die Ortsgruppe geworden, da die Arbeit, nur auf zwei Schultern verteilt, einfach nicht zu stemmen war. Es fehlten neue Hände, die jetzt mit anpacken können. Noch während der Versammlung konstituierte sich der neu gewählte Vorstand und wählte Angelika Hunger aus seiner Mitte zur neuen Vorsitzenden. Sie möchte erreichen, dass alle Mitglieder wieder zueinander finden und sich an interessanten Themen auch beteiligen. Dafür möchte sie versuchen, mit allen Genossen persönlich ins Gespräch zu kommen. Alle anwesenden Mitglieder begrüßten die Abstimmungen, dankten der bisherigen Vorsitzenden für die vielen Jahre der geleisteten Arbeit und freuen sich auf eine Wiederbelebung des Verbandes und wünschen dafür viel Erfolg.

Gesamtmitgliederversammlungen am 22. Oktober 2016

Liebe Genossinnen und Genossen,

ich lade Euch recht herzlich zur Gesamtmitgliederversammlung der Partei DIE LINKE. Saalekreis am **22. Oktober um 10.00 Uhr in den Schlossgartensalon, Mühlberg 1, 06217 Merseburg ein**. Es besteht dort die Möglichkeit für einen kleinen Imbiss.

Der Kreisvorstand hat am 15. August 2016 die Einberufung der Gesamtmitgliederversammlung zur Wahl der Delegierten/Ersatzdelegierten zu den Landesparteitagen 2017/2018 mit Nachwahl weiblicher Mitglieder für den Kreisvorstand beschlossen. Gleichzeitig eine Mitgliederversammlung zu den Wahlen der Vertreterinnen und Vertreter sowie deren Ersatzvertreterinnen und -vertreter zur Aufstellung der Landesliste zu den Bundestagswahlen 2017 einberufen. Somit werden also an diesem Tag formell zwei Versammlungen durchgeführt.

Grundlage für die Aufstellung der Bewerber bildet die Wahlordnung der Partei DIE LINKE. Stimmberechtigt auf der Gesamtmitgliederversammlung ist jedes anwesende Mitglied der Partei DIE LINKE. Saalekreis. Bei der Wahl der Vertreterinnen und Vertreter sowie deren Ersatzvertreterinnen und -vertreter zur Aufstellung der Landesliste zu den Bundestagswahlen 2017 sind alle Mitglieder der Partei mit Wohnsitz im Saalekreis und mit vollendetem 18. Lebensjahr stimmberechtigt.

Mit solidarischen Grüßen



Alexander Sorge

Kreisvorsitzender

DIE LINKE. Saalekreis

Aus der Stadtratssitzung vom 28. September 2016

Eine „volle“ Tagesordnung galt es abzuarbeiten. Der Haushalt für 2017 wurde eingebracht, das Integrierte Stadtentwicklungskonzept (ISEK) stand zur Abstimmung und auch die Frage, ob wir uns als Kulturhauptstadt bewerben wollen, sollte behandelt werden. Der Reihe nach!

Erwähnenswert sei an dieser Stelle, dass wir – es kommt nicht so oft vor – die Einwohnerfragestunde „verlängert“ haben. Grund dafür waren viele Fragen von BewohnerInnen aus Dölau, die sich letztlich gegen den geplanten Bau von Wohnungen am Heideweg richteten. Auch zum ISEK gab es Anfragen.

Im Bericht des Oberbürgermeisters informierte er zum geplanten Neubau eines Hotels am Riebeckplatz (der Bau des Wohnhauses dort ist ja schon bekannt) und erklärte, dass bald alle Flächen im „Star-Park“ ausgebucht wären und die Stadt nun nach weiteren Gewerbeflächen suchen muss. Zum geplanten Haushalt 2017 erklärte er „Der Haushaltsentwurf sei ausgeglichen; wie immer, wenn wir ihn einbringen“.

Herr Geier, Beigeordneter für Finanzen, brachte dann den Haushalt ein. Er betonte z. B., dass seit Jahren die Ausgaben für soziale Bereiche steigen und dafür die Steuereinnahmen nicht ausreichen. Hinter diesen sozialen Leistungen verbergen sich z. B. Ausgaben für HZE-Leistungen (Hilfe zur Erziehung) und für Kosten der Unterkunft. Wir haben, was erfreulich ist, mehr Geburten zu verzeichnen. Das aber heißt, dass wir in der Zukunft mehr Plätze für Kindertageseinrichtungen und neue Schulen benötigen. Wir müssen und können mehr Investitionen auf diesem Gebiet tätigen. Zu den wichtigsten Vorhaben für das nächste Finanzhaushaltsjahr gehören z. B. auch die weitere Umsetzung der Projekte aus der Fluthilfe, die Baumaßnahmen an der Hochstraße und Osttangente gehen weiter, auch Spielplätze in Büschdorf und Trotha werden aus Mitteln der Stadt fertiggestellt. Im Stadtmuseum soll der zweite Teil der Dauerausstellung aufgebaut werden, auch das Projekt „Neues Planetarium“ beginnt. Herr Geier erklärte, dass es mehr Einnahmen aus dem Finanzausgleichsgesetz des Landes für die Stadt gäbe. Der Haushalt wird nun zwei Monate in den Fachausschüssen diskutiert und soll im Dezember

verabschiedet werden.

Der Oberbürgermeister hatte eine Vorlage eingebracht, die ein Grobkonzept für eine Bewerbung zur Kulturhauptstadt Europas 2016 einforderte und in einer Sondersitzung des Haupt- und Kulturausschusses beraten werden sollte. Ein Änderungsantrag aller Fraktionen wurde vom Oberbürgermeister übernommen. Dieser Antrag fordert eine gemeinsame Sondersitzung des Haupt- und Kulturausschusses unter Hinzuziehung von VertreterInnen der halleschen Kultureinrichtungen, von freien Trägern der Kulturarbeit u. a. m. mit dem Ziel, ein Arbeitsgremium zu installieren. Dieses Gremium soll den Zustand der halleschen Kultur evaluieren, die Chancen für die Bewerbung – auch unter Berücksichtigung der personellen und finanziellen Ressourcen auslotet und im Falle einer positiven Bewertung ein Bekenntnis aller Beteiligten zu der Bewerbung abgibt. Das Ergebnis der Arbeitsgruppe soll im Juni 2017 vorliegen.

Auch das ISEK wurde für die öffentliche Auslegung verabschiedet. Das heißt, dass dieses „Gesamtpaket für die Entwicklung der Stadt“ im Technischen Rathaus ausgelegt wird und BürgerInnen sich mit ihren Änderungen und Vorschlägen einbringen können. Online ist das selbstverständlich auch möglich. Unsere Fraktion plant auch noch 3 Veranstaltungen zum ISEK, in denen wir gemeinsam mit BürgerInnen über diese Entwicklungsperspektiven der Stadt Halle (Saale) diskutieren wollen, auch unsere eingebrachten Vorschläge vorstellen werden. Wir hoffen auf breite Beteiligung am 18.10; 07.11. und 30.11.2016!

Schon erwähnt wurde, dass es in Halle bald ein neues Planetarium geben wird. Das neue Planetarium wird am Gasometer errichtet und verspricht ein tolles Objekt zu werden!

Der Antrag unserer Fraktion zur Einrichtung eines Trinkbrunnens auf dem Marktplatz wurde angenommen! Bald wird es also möglich sein, bei Hitze oder Durstgefühl auf dem Markt etwas zu trinken! Die Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH wird das Anliegen unterstützen.

Auch unserem Antrag zur Errichtung von Fahrrad-schnellwegen und Fahrradstraßen wurde zugestimmt. Unser Antrag zum Umgang mit der Hochwasser-

schadensbeseitigung 2013 wurde in den Fachausschuss verwiesen. Der Antrag beinhaltet, dass vor jeder Maßnahme der Hochwasserschadensbeseitigung ein Gestaltungsbeschluss des Stadtrates einzuholen ist.

Unseren Antrag zur barrierefreien Gestaltung der Internetseite der Stadtverwaltung haben wir zurückgezogen. Nicht wegen des Inhaltes. Der OB hatte uns in der Stellungnahme geschrieben, dass die Stadtverwaltung auf dem Gebiet schon umfangreich arbeitet

und dieser Antrag rechtswidrig wäre, weil er die Aufgaben des OB tangiert. Im Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss (SGGA) gab es eine umfangreiche Darstellung, woran die Verwaltung derzeit und künftig arbeiten wird. Das hat uns dazu veranlasst, aus dem Antrag Anregungen für weitere Informationen im Stadtrat und im SGGA zu formulieren.

Ute Haupt, Stadträtin

Post von Lene

Liebe ältere und jüngere Linke, heute will ich euch schreiben, weil mir wieder mal beim Belauschen und beim Rumstöbern in Omas und Opas Zeitungen so ein paar Sachen aufgefallen sind, die ich auch in den Ferien mit meinen Kumpeln Leo und Anton als LAL- Koalition (LEO+ANTON+LENE!) besprechen will.

Wenn das Wetter schön ist, tagen wir, wie meistens, in meiner Gartenbude.

Ich bin ja gespannt, ob der oberste Geldschef in Magdeburg namens Schröder tatsächlich mit seiner „Giftliste“ durchkommt, in der steht, dass er nur ein Drittel von dem einst geplanten Geld für neue Lehrkräfte ausgeben will. Die fehlen ja an allen Enden. Na, abwarten.

Bei uns in der Schule hat es so richtig munter mit Ausfall begonnen.

Englisch macht mir Spaß, auch weil unser Englischlehrer Herr Specht richtig prima, also streng, aber gerecht ist. Da hat die Markenklamottenpaula keine Schangse von wegen vorziehen. Ich passe auch deswegen in Englisch doll auf, damit ich besser mit Oma über Denglischwörter diskutieren kann und über den besseren Sprachgebrauch auf Deutsch.

Ich habe in Mamas Auftrag Kuchen für meine Großeltern mitgebracht..

.Als ich sagte, dass wir ihn in einem Backshop gekauft haben, knurrte Oma mal wieder was von blödem Denglisch..

Empört sagte ich ihr, dass das auf dem Ladenschild stand. Und nicht von mir ist. Davon wird es auch nicht besser, sagte sie. Und fragte mich, wie ich das englische Wort „back“ übersetzten würde. Ist doch klar, dass das „zurück“ bedeutet. Dann ist das also ein

Zurückladen, sagte Oma. Da musste ich mich geschlagen geben und Opa grinste ein bisschen. Am Abend nach dem Fernsehen habe ich mal wieder heimlich gelauscht und mitgekriegt, dass sie sich mächtig über ein Interwju mit Herrn Haseloff, in der MZ aufgeregt haben, weil der plötzlich mit einem Mal die

Rente für uns in den neuen Bundesländern für ungerecht hält. (Ich finde unsere Bundesländer nach so vielen Jahren eigentlich nicht mehr so neu.)

Ich erfuhr beim Lauschen, dass die Rentner im Westen mehr Geld als die im Osten kriegen, auch wenn sie die gleiche Zahl von Jahren gearbeitet haben, und zwar im gleichen Dschob. Die Linken im Hohen Haus in Berlin haben das immer gesagt und nichts ist passiert die ganzen Jahre über.

Na, da habe ich mir die MZ geschnappt und das Intervju mit dem Herrn Haseloff gelesen. Nicht das Ganze, das war zu lang. Aber Oma hatte das mit der Rente angestrichen. Verstanden habe ich das alles nicht mit „Höherwertung“ und so, aber ich fand die Idee vom obersten Finanzschef in Berlin namens Scheuble am Anfang ganz cool, dass künftig für alle weniger Steuern vom Gehalt abgezogen werden sollten. Dann haben Papa und Mama mehr für unseren Urlaub, dachte ich. Beim Frühstück habe ich das mit der coolen Steueridee dann meinen Großeltern gesagt und sie gefragt, wie sie das finden. Sie erklärten mir dann, dass der Herr Scheuble damit nicht nur solche wie Mama und Papa meint, sondern auch die, die reich sind, die mehr als 10000 Euro im Monat kriegen und auch die Millionäre.

Ach so ist das gemeint!!! Das finde ich nun wieder



ganz schön uncool. Das muss man als Linke ja wissen und werde das natürlich mit Leo und Anton besprechen.

Ich habe dann in aller Frühe in Omas und Opas Lieblingszeitung ND ein anderes Interwju entdeckt, das angestrichen war. Das war mit einem obersten Schef von einer großen Gewerkschaft und sehr lang. Zum Glück war das mit den Renten rot angestrichen. Ich wusste gar nicht, dass es gleich drei Rentensorten gibt:

die gesetzliche Rente die Riesterrente und die betriebliche Rente.

Die Riesterrente habe ich gelesen, können sich die meisten nicht leisten und ist deshalb ein Flopp. Die betriebliche Rente kriegen nur 40% der Werk tätigen. Bleibt nur die gesetzliche Rente und die wurde durch

einen rosanen Bundeskanzler namens Schröder Schritt für Schritt abgesenkt und soll noch weiter sinken.

Oma und Opa sagen, das bedeutet Armut im Alter für sehr viele Menschen, wie zum Beispiel Minijobber, Teilzeitarbeiter oder Leiharbeiter. Und die gibt es im Osten und im Westen.

Vielleicht haben wir als LAL-Koalition auch ein paar Ideen, wie man so eine Art Druck machen kann, damit der Herr Haseloff nicht bloß einfach was verspricht, sondern auch hält. Vielleicht könntet Ihr ja auch mal an die Zeitung namens MZ schreiben. Dort werden auch Leserbriefe abgedruckt, habe ich festgestellt.

Das ist mal so eine Idee von mir.

Nun mache ich Schluss für heute.

Tschüss Eure Lene.



Wir gratulieren allen Genossinnen und Genossen, die im Monat
Oktober Geburtstag haben.



Rezension

Corinna Gekeler Loyaldienen. Diskriminierendes Arbeitsrecht bei Caritas, Diakonie und Co. Alibri Verlag Aschaffenburg 2014, ISBN 978-3-86569-117-0, 319 S.

Das Buch analysiert das Arbeitsrecht beim zweitgrößten Arbeitgeber Deutschlands – den katholischen und evangelischen Kirchen. Es beginnt mit einer Reihe von Falldarstellungen über Auswirkungen der speziellen Loyaltätspflichten gegenüber diesen Trägern von Kinderbetreuungs-, Pflege- und Ausbildungseinrichtungen, bei der Vergabe von Aufträgen etc. Berichtet wird von Diskriminierungen bei Bewerbungen für unbezahlte Praktika und bezahlten Anstellungen; mangelnden Aufstiegsmöglichkeiten, Entlassungen bei fehlender Taufe, Wiederheirat oder Heirat mit andersgläubigem Partner, Bekanntwerden von eingetragenen Lebenspartnerschaften etc. Dies nicht nur im Verkündigungsbereich, d.h. religiös gebundenen Arbeitsaufgaben, sondern auch bei Küchenpersonal, Pflegekräften und Ärzten. Menschen, die mit dieser Personalpolitik (speziell in den neuen Bundesländern) wenig vertraut sind, mögen ungläubig über solche Berichte staunen. Selbst in Arbeitsagenturen, so wird im Buch berichtet, scheint es Unsicherheiten dazu zu geben, ob BewerberInnen sich auch dann auf Stellen bewerben müssen, wenn sie die Anforderung auf Kirchenzugehörigkeit nicht erfüllen oder ob Sperrfristen verhängt werden dürfen, weil

„man durch den Kirchenaustritt die Kündigung ja selbst herbeigeführt habe“.

Die Autorin hat dazu zahlreiche Interviews geführt, die im Buch dokumentiert sind, sowohl mit Betroffenen als auch mit RechtsanwältInnen, VertreterInnen von Antidiskriminierungsorganisationen in Deutschland, Gewerkschaften und Beratungsstellen. Sowohl deren genaue Beschreibung als auch die Erläuterung bereits vorhandener Urteile erlauben die Nutzung dieses Buches als Hilfestellung im konkreten Einzelfall. Momentan sei leider das Schweigen über stattgefundene Diskriminierungen groß aus Angst vor weiteren Nachteilen im Lebenslauf.

Sowohl das Buch als auch solche Initiativen wie GerDiA (Kampagne gegen religiöse Diskriminierung am Arbeitsplatz) wollen hier Aufklären, zum Nachdenken und Handeln anregen sowie notwendige Veränderungen in Deutschland mit anschieben. Die Auswirkungen der kirchlichen Sonderrechte in Deutschland zeige, dass der Staat zum einen seiner Aufgabe nicht nachkomme, den Beschäftigten entsprechenden Schutz zu bieten, um ihrer Daseinsvorsorge im Rahmen geltender Gesetze nachzukommen, zum anderen behindere er auch die Integration von

MitbürgerInnen anderen Glaubens (z.B. durch Kopftuchverbot für Pflegekräfte). Dazu wird sehr anschaulich die gültige Rechtslage in Deutschland erläutert, insbesondere das 2006 verabschiedete Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz und dessen Einbindung in EU-Recht. Ein kurzer Vergleich mit der Situation in anderen EU-Ländern und die Darstellung der Positionen der Parteien DIE LINKE, SPD und Bündnis/90 Grüne führt in das Fazit zu möglichen Veränderungen ein. Dazu gehört nicht nur das Überdenken der Begründungen für jahrhundertealter Privilegien und Staatszahlungen an die Kirchen und entsprechender Veränderungen durch Politik und Gewerkschaften, sondern zunächst auch mehr Öffentlichkeit. Dazu regt die Autorin an, dass sich immer mehr nicht direkt Betroffene solche Fragen stellen mögen wie:

„- Entspricht es meinem Weltbild, wenn mein Kind ausschließlich von Personal unterrichtet wird, dass sich loyal gegenüber solchen Anforderungen verhalten muss?

- Finde ich die Erwartung zeitgemäß, dass die Krankenschwester im Bedarfsfall mit mir beten könnte?

- Stört es mich, dass meine Kollegin nicht von ihrem Grundrecht auf Glaubens- und Gewissensfreiheit Gebrauch machen darf, weil ihr sonst gekündigt wird?

- Lege ich Wert auf eine Politik, die ihre Kompetenz nutzt, um die kirchlichen Privilegien entscheidend einzuschränken?“ (S. 311/312)

"Cuba schreitet auf seinem Weg in eine sozialistische Zukunft sicher voran"

Welch komplizierter Weg zu beschreiten ist und auf welche Erfahrungen sie sich dabei stützen können erläutert Genosse Heinz Langer, Botschafter a.D.

**am 25. Oktober 2016, ab 16:30 Uhr,
im Kulturtreff Halle-Neustadt**

eine Veranstaltung des Rotfuchs Förderverein e.V., Regionalgruppe Halle

Wandel am Arbeitsmarkt: Rekorde am Arbeitsmarkt – Rekorde bei den Suppenküchen

13. Oktober 2016

18:00 – 20:00 Uhr

**Grüne Villa, Am Treff 4,
06124 Halle (Saale)**

„**Jobwunder**“ und **Suppenküchen**: Deutschland steht im europäischen Vergleich scheinbar gut da, was die Entwicklung der Arbeitsplätze angeht. Aber für immer mehr Menschen reicht das Einkommen aus ihrer Arbeit gerade so zum Überleben. Armut breitet sich aus, und das bekommen besonders Kinder zu spüren. Was muss passieren, damit alle am Wohlstand teilhaben?

Diskussionsveranstaltung mit der stellvertretenden Vorsitzenden und arbeitsmarktpolitischen Sprecherin der Linksfraktion im Bundestag, **Sabine Zimmermann**, MdB und der arbeitsmarktpolitischen Sprecherin der Landtagsfraktion Sachsen-Anhalt, **Doreen Hildebrandt**.
Diskussion **Dr. Petra Sitte**, MdB

Vorschau November:

Basistreffen BO Riebeckplatz-Hofjäger
am 9. November ab 16 Uhr im
Kartoffelhaus, Willy-Brandt-Str. 44

Senioren-Cafe' am 30.11.16
ab 14:30 Uhr im Linken Laden, Leitergasse 4:
Weihnachtlicher Jahresausklang und
Vorschau 2017

Linkes Blatt

Impressum:

DIE LINKE Halle, Stadtvorstand
DIE LINKE Saalekreis
Leitergasse 4
06108 Halle (Saale)

Telefon 0345 / 20 255 90

eMail:

linkesblatt@dielinke-halle.de

Marianne Böttcher (v.i.S.d.P)

Herstellung: Eigendruck

Erscheinungsweise: monatlich

Auflage: 600 Exemplare

Spendeerbeten

Endredaktion dieser Ausgabe:

06. 10. 2016

Redaktionsschluss der nächsten

Ausgabe: 10. 11. 2016

Pflegen bis der Arzt kommt

Das muss drin sein: 100.000 zusätzliche Pflegekräfte
In deutschen Kliniken herrscht der Pflegenotstand. Deshalb fordert DIE LINKE im Zuge ihrer Kampagne „Das muss drin sein.“ die Einstellung von 100.000 neuen Pflegekräften.

Auch DIE LINKE.Halle wird zum Thema am 20. Oktober in der Zeit von 15.00 – 18.00 Uhr auf dem Markt einen Infostand haben, bei dem Unterschriften für mehr Pflegekräfte gesammelt werden. Unsere Informationen zum Thema wollen wir auch durch ein Quiz und sogenannte „Selbsthilfekits“ an die Bürgerinnen und Bürger bringen. Bereits am 19. Oktober treffen wir uns 16:00 Uhr im Linken Laden, um die Aktion vorzubereiten.

Ausgerechnet die, die sich um die Gesundheit anderer kümmern, gehören zu den Berufsgruppen mit den höchsten Krankständen: Krankenschwestern und Krankenpfleger werden überdurchschnittlich oft krank und bleiben es länger als Beschäftigte aus anderen Berufsgruppen. Aufgrund der hohen Arbeitsbelastung leiden Pflegekräfte besonders oft an Muskel-Skeletterkrankungen, aber auch an Burn out und anderen psychischen Störungen. Mehr als jede zweite Pflegekraft geht davon aus, vorzeitig ihren Beruf aufgeben zu müssen, weil der Stress zu hoch ist.

Dass die Beschäftigten immer mehr und schneller arbeiten müssen, bekommen auch die Kranken und ihre Angehörigen zu spüren. Viele Menschen machen in Kliniken die Erfahrung, dass Pflegekräfte zu wenig Zeit für sie haben – ausgerechnet in einer Lebenslage, in der sie neben der medizinischen Versorgung Zu-spruch und Beistand brauchen. Das muss aufhören. Betriebliche und tarifvertragliche Lösungen für mehr Personal wie an der Berliner Charité sind gut - eine einheitliche gesetzliche Vorgabe, wie viele Pflegekräfte für wie viele Patientinnen und Patienten benötigt werden, ist besser.

DIE LINKE will mit ihrer Forderung „100.000 Pflegekräfte einstellen“ Druck auf die Bundesregierung ausüben, für mehr Personal in den deutschen Kliniken zu

sorgen.

DIE LINKE unterstützt die gewerkschaftlichen Kämpfe und fordert eine gesetzliche Personalbemessung, um den Personalnotstand zu bekämpfen. Das heißt konkret: Die Bundesregierung muss in einem Gesetz regeln, wie viele Pflegekräfte für eine bestimmte Zahl von Patientinnen und Patienten mindestens in einer Klinik tätig sein müssen. Verbindliche Vorgaben gewährleisten, dass die Beschäftigten nicht chronisch überlastet sind und genug Zeit für Kranke und ihre Angehörigen haben. In Norwegen ist eine Pflegekraft für vier Kranke zuständig, in Deutschland müssen sich eine Krankenschwester oder ein Krankenpfleger um zehn Menschen kümmern.

Klinikchefs und -chefinnen sagen, dass sie sich mehr Personal nicht leisten können. Es stimmt, 100.000 Pflegekräfte einzustellen, kostet viel Geld – etwa 5 Milliarden Euro im Jahr zusätzlich zu den bereits jährlich fälligen 22,23 Milliarden Euro für Pflegekräfte. Aber das könnte mit einer einfachen Maßnahme finanziert werden: indem die paritätische Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung wieder hergestellt würde. Zurzeit zahlen die Arbeitgeber vom Beitragssatz nur 7,3 Prozent, die Beschäftigten müssen – je nach Zusatzbeitrag – im Schnitt 8,4 Prozent aufbringen. Wird der Beitragssatz für die Krankenkassen um 0,3 Prozent angehoben und gleichzeitig die paritätische Finanzierung wiederhergestellt, würden die Beiträge für die Beschäftigten sogar geringfügig sinken.

Mehr Informationen zur Kampagne „Das muss drin sein.“

Unterschreiben für eine gesetzliche Personalbemessung hier: www.das-muss-drin-sein.de

Alle Termine zur Kampagne hier: www.die-linke.de/nc/kampagne/termine/

Fragen stellen hier: das-muss-drin-sein@die-linke.de

Per Post hier: DIE LINKE, „Das muss drin sein.“, Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin



Pflegenotstand stoppen: DIE LINKE.
100 000 Pflegekräfte mehr!

Doppelhaushalt auf Sand gebaut?

Die Landesregierung hat heute die Grundzüge des Doppelhaushalts 2017/2018 vorgestellt.

Dazu erklärt der Vorsitzende der Fraktion Swen Knöchel:

„DIE LINKE nimmt zur Kenntnis, dass das angestrebte Haushaltsvolumen von mehr als 11 Mrd. Euro pro Jahr ein sehr hochgestecktes Ziel ist und wertet dies als Versuch, die Vorhaben des Koalitionsvertrages im Haushalt abzubilden. Ob und wie dies allerdings gelingt, werden erst die Details des Haushaltsplans verraten.

Völlig klar scheint auch, dass versucht wurde, jeden halbwegs verfügbaren Euro für diesen Haushalt zur Verfügung zu stellen, aber genau hier beginnen die Unwägbarkeiten und es stellt sich die Frage, ob der Haushalt seriös erstellt oder doch nicht eher auf Sand gebaut wurde.

So versucht die Landesregierung offenbar, sich u. a. über das Instrument der Globalen Minderausgabe das notwendige finanzielle Polster zu verschaffen. DIE LINKE hat aus der Erfahrung des Haushaltsvollzuges heraus immer darauf verwiesen, dass eine Globale Minderausgabe ein gangbarer Weg ist, solange sie nicht mehr als 1 % des Haushaltsvolumens ausmacht. Diesen Wert gedenkt die Landesregierung offenbar deutlich zu überbieten, und damit droht die Globale Minderausgabe zum Risikofaktor zu werden - oder aber es ist jetzt schon klar, dass die aufgenommenen Vorhaben des Koalitionsvertrages von vornherein beschnitten werden sollen.

Auch zur Schuldentilgung hat DIE LINKE immer eine klare Position vertreten. Angesichts der jetzigen Situation auf den Finanzmärkten und der herrschenden Niedrigzinspolitik ergibt die Schuldentilgung derzeit keinerlei Sinn. Eine anscheinend beabsichtigte Deckelung ist zwar ein kleiner Schritt in die richtige Richtung, DIE LINKE verbleibt allerdings bei ihrer Position, dass die Tilgung angesichts der aktuellen Situation auf ein Minimum herabgesetzt werden sollte. Alles andere ist letztendlich nur Polit-Kosmetik.

Eine der gefährlichsten Brandstellen im Lande ist die Personalsituation im öffentlichen Dienst. Mit den Zielen im Haushalt versucht die Landesregierung immerhin, den Brand etwas einzudämmen, gelöscht ist er

längst nicht. Nicht zuletzt die jüngsten Debatten um Beraterverträge belegen, dass sich der Personalmangel längst nicht nur auf die Lehrkräftesituation an den Schulen und die Polizei beschränkt.

Zwei Einzelprobleme seien noch erwähnt: Sollte sich die CDU durchsetzen und den Betreuungsanspruch für Kinder auf 8 Stunden begrenzen, um Geld einzusparen, dann setzt die Landesregierung den verhängnisvollen Kurs ihrer Vorgängerinnen fort: Sie spart dann nämlich erneut auf Kosten der Kommunen, und das wäre verantwortungslos.

Und weiter – anscheinend gedenkt die Landesregierung hinsichtlich des Ausbaus der JVA Halle, den Weg eines PPP-artigen Modells zu beschreiten. Auch damit schlägt sie alle vorliegenden Erfahrungen in den Wind, besagen diese doch, dass es für das Land unter dem Strich teurer und mitnichten billiger wird.

All diese Erwägungen zusammenfassend bleibt festzustellen, dass die Landesregierung zu einer grundlegenden Neustrukturierung des Haushalts nicht willens oder nicht fähig ist. Hier und da wird etwas draufgelegt, aber im Grunde wird so weitergemacht, wie bisher. Sonderlich zukunftsweisend ist das allemal nicht. Und angesichts der vielen Risiken, die in diesem Haushalt stecken dürften, erhebt sich die Frage, ob ein Doppelhaushalt auf die Situation des Landes die richtige Antwort ist. DIE LINKE beantwortet diese Frage mit einem klaren NEIN.“



Landesgeschäftsstelle
DIE LINKE. Sachsen-Anhalt
Ebendorfer Str. 3
39108 Magdeburg
Tel. 0391 732 48 40
Fax 0391 732 48 48